

**V2501 Richtlinienmotion (SP/Juso) "Kostenloser ÖV für Könizer Kinder und Jugendliche"**

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

**Vorstosstext**

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament in einem Bericht aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, um den öffentlichen Verkehr für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Köniz kostenlos oder kostengünstiger zu gestalten. Er soll auch die damit verbundenen finanziellen Aufwände ausweisen.

**Begründung**

Für die soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist es wichtig, dass sie sich selbstständig bewegen und ihre Umgebung eigenständig erkunden können. Dafür nimmt der öffentliche Verkehr in unserer weitläufigen Gemeinde eine zentrale Rolle ein. Köniz verfügt über ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz. Dies ermöglicht den Kindern und Jugendlichen andere Ortsteile innerhalb von Köniz kennenzulernen, wie auch Freizeitaktivitäten selbstständig zu besuchen. Dies ist gerade auch für Kinder und Jugendliche aus dem ländlichen Teil der Gemeinde sehr wichtig, da sich die Freizeitangebote grösstenteils im urbanen Raum befinden. Ebenfalls ermöglicht der öffentliche Verkehr den Jugendlichen der Oberstufe, den Schulweg in einen anderen Ortsteil zu bewältigen.

Damit dies möglich ist, sind die Kinder und Jugendlichen darauf angewiesen, dass die hohen Kosten für den öffentlichen Verkehr von den Erziehungsberechtigten finanziert werden. Zwar sind Kinder bis zum sechsten Lebensjahr gratis unterwegs, nachher wird es aber teuer. Gerade für Familien sind die hohen Ticketpreise eine Herausforderung. Kinder und Jugendliche, deren Eltern die Kosten für den öffentlichen Verkehr nicht tragen können, erleben Einschränkungen in ihrer sozialen Entwicklung. Die Bewegungsfreiheit solcher Kinder und Jugendlichen wird eingeschränkt und zu einem Nachteil gegenüber Gleichaltrigen.

Weiter leistet der öffentliche Verkehr einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Belastung. Die Gemeinde Köniz hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu sein. Dazu ist ein Umstieg auf den öffentlichen Verkehr essenziell. Kinder und Jugendliche können dank Kostenmassnahmen an den öffentlichen Verkehr herangeführt werden. Wer von klein auf meistens mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs ist, wird auch im Erwachsenenalter eher den öffentlichen Verkehr als Hauptverkehrsmittel nutzen.

Auch in der Gemeinde Köniz stellen die sogenannten «Elterntaxis» ein Problem dar. Sie gefährden die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen, die zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs sind und führen zu zusätzlichem Verkehr. Diese Probleme zeigen sich nicht nur in der Unterstufe, sondern auch in der Oberstufe. Wie bereits oben erwähnt, können Kostenmassnahmen dazu beitragen, dass Kindern und Jugendlichen der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr erleichtert wird.

Zwar entschied das Bundesgericht 2023, dass Fahrgäste die Kosten des öffentlichen Verkehrs zu einem angemessenen Teil selbst tragen müssen. Allerdings schliesst dies nicht aus, dass gewisse Anspruchsgruppen den öffentlichen Verkehr kostenlos nutzen dürfen. Andere Gemeinden und auch Kantone haben bereits entsprechende Angebote umgesetzt, wie etwa Genf mit Gratis-ÖV für Kinder und Jugendliche unter 25 Jahren, die Gemeinde Saanen mit ÖV-Beiträgen an die gesamte Bevölkerung oder die Stadt Luzern mit ÖV-Gutscheinen für Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 16 Jahren. Auch die Gemeinde Köniz könnte den Kindern und Jugendlichen entsprechende ÖV-Gutscheine oder gar ein Libero-Abo schenken und so in der Region Bern eine Vorreiterinnenrolle übernehmen.

**Eingereicht**

10.02.2025

**Unterschrieben von 20 Parlamentsmitgliedern**

Brigitte Rohrbach, Arlette Münger, Janka Hamm, Franziska Adam, Rahel Gall, Urs Mumenthaler, Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, Sara Gasser, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Klaus von Muralt, Mayra Faccio, David Müller, Lukas Erni, Laura Hoffman, Katja Streiff, Toni Eder, Matthias Müller, Roger Tanner

**Antwort des Gemeinderates****1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)**

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, dem Parlament in einem Bericht aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, um den öffentlichen Verkehr für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Köniz kostenlos oder kostengünstiger zu gestalten. Er soll auch die damit verbundenen finanziellen Aufwände ausweisen.

Grundsätzlich kann die Erstattung eines Berichtes zu einer bestimmten Angelegenheit mit einem Postulat verlangt werden; dies gemäss Art. 53 Abs. 2 Geschäftsreglement des Parlamentes. Die Erstellung eines Berichts gehört zu den allgemeinen Zuständigkeiten des Gemeinderates.

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor (Beilage 1).

**2. Ausgangslage**

Der Gemeinderat soll Möglichkeiten aufzeigen, um den öffentlichen Verkehr (ÖV) für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Köniz kostenlos oder kostengünstiger zu gestalten. Die Motion V2501 argumentiert, dass der ÖV für die soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wichtig ist, da er es ihnen ermöglicht, sich selbstständig zu bewegen und ihre Umgebung zu erkunden. Die hohen Kosten für den öffentlichen Verkehr seien jedoch eine Herausforderung für viele Familien. Kinder und Jugendliche, deren Eltern diese Kosten nicht tragen könnten, erlebten Einschränkungen in ihrer sozialen Entwicklung. Die Gemeinde Köniz hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu sein, und ein kostenloser öffentlicher Verkehr für Kinder und Jugendliche könnte zu diesem Ziel beitragen. Andere Gemeinden und Kantone haben bereits ähnliche Angebote umgesetzt.

**3. Zu untersuchende Themen für die Beantwortung der Richtlinienmotion**

Um die Richtlinienmotion zu beantworten, müssen verschiedene Themen sorgfältig abgeklärt werden. Dazu gehören der Einfluss von Kostenveränderungen auf die Verkehrsmittelwahl, mögliche Nebenwirkungen eines kostenlosen oder kostengünstigen öffentlichen Verkehrs, rechtliche Abklärungen sowie direkte und indirekte Kosten für die Gemeinde.

**Einfluss von Kostenveränderungen auf die Verkehrsmittelwahl**

Die Verkehrsforschung und verschiedene Studien zeigen, dass es eine Beziehung zwischen den Mobilitätskosten und der Wahl des Verkehrsmittels gibt. Es wird angenommen, dass Jugendliche in bestimmten Situationen empfindlich auf Preisveränderungen reagieren können. Der mögliche Einfluss eines kostenlosen oder kostengünstigen ÖV auf Kinder und Jugendliche variiert je nach Ort und Kontext. Es ist auch wichtig, zwischen kurz- und langfristigen Effekten zu unterscheiden.

**Mögliche Nebenwirkungen eines kostenlosen ÖV**

Wenn die Kosten für die ÖV-Nutzung eines Kundensegments (Kinder und Jugendliche) entfallen oder reduziert werden, könnten sich die Nutzungsmuster der verschiedenen Verkehrsmittel

verändern. Mögliche Auswirkungen könnten quantitative, zeitliche oder örtliche Verschiebungen in der Nutzung der Verkehrsmittel sein. Beispielsweise könnten die Busse und Trams während der Stosszeiten häufiger genutzt werden, während andere Verkehrsmittel wie Fusswege zur Schule seltener genutzt werden. Die Verkehrsmittelwahl könnte sich auch je nach ÖV-Erschliessung der Quell- und Zielorte unterschiedlich entwickeln.

### **Rechtliche Abklärungen**

Das ÖV-System in der Schweiz ist im Regional- und Ortsverkehr auf kantonaler Ebene organisiert, wobei im Kanton Bern bestimmte Aufgaben an die Regionalkonferenzen delegiert sind. Darüber hinaus gibt es nationale Regelungen, die bei der Umsetzung der Motion zu berücksichtigen sind. Vor einer möglichen Umsetzung müssen daher rechtliche Abklärungen durchgeführt werden.

### **Kosten für eine Gemeinde**

Im Rahmen der Erfüllung der Richtlinienmotion müssen die möglichen Kosten für die Gemeinde Köniz abgeklärt werden. Dazu gehören sowohl direkte als auch indirekte Kosten. Die direkten Kosten umfassen die Fahr- und Abonnementspreise für die ÖV-Nutzung durch Kinder und Jugendliche. Um diese Kosten zu berechnen, müssen Annahmen über den Gültigkeitsbereich und die Zielgruppe getroffen werden. Eine qualifizierte Kostenberechnung kann auf Basis von Erfahrungen in der Schweiz und in Nachbarländern durchgeführt werden. Indirekte Kosten können unter anderem Folgekosten für die Gemeinde beim kantonalen ÖV-Kostenteiler und für die Bereitstellung der kommunalen Elemente der ÖV-Infrastruktur umfassen. Beispiele hierfür sind Anpassungen an der Infrastruktur, wie der Einsatz von Gelenkbussen anstelle von Midibussen, oder die Notwendigkeit von Kontrollprozessen für die Ausgabe von Beiträgen oder Gutscheinen an berechnete Personen.

## **4. Vorgehen**

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglements-entwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Bei dem vorliegenden Vorstoss V2501 wird er aufgefordert, *"dem Parlament in einem Bericht aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, um den öffentlichen Verkehr für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Köniz kostenlos oder kostengünstiger zu gestalten. Er soll auch die damit verbundenen finanziellen Aufwände ausweisen."*

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, den Vorstoss als Richtlinienmotion erheblich zu erklären. Für die sorgfältige Erarbeitung der im Vorstosstext geforderten Abklärungen soll abschliessend die Erfüllungsfrist von längstens zwei Jahren seit der Erheblichkeitserklärung genutzt werden.

## **5. Finanzen**

Die Abklärungen und die anschliessende Berichtserstellung werden zu grösseren Teilen im Rahmen der vorhandenen Ressourcen geleistet. Es ist noch zu prüfen, ob allenfalls Spezialwissen oder gewisse zusätzlichen externen Ressourcen erforderlich wären, um einige Teilbereiche der Fragestellung adäquat beantworten zu können.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Richtlinienmotion wird erheblich erklärt.

Köniz, 12. März 2025

Der Gemeinderat

## **Beilagen**

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 17. Februar 2025



Cornelia Rauch  
Stv. Gemeindeschreiberin  
T 031 970 92 02  
cornelia.rauch@koeniz.ch

Köniz, 17. Februar 2025 rc

**V2501 Motion (SP/JUSO-Fraktion) "Kostenloser ÖV für Könizer Kinder und Jugendliche"**  
**Formelle Prüfung der Motion**

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, dem Parlament in einem Bericht aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, um den öffentlichen Verkehr für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Köniz kostenlos oder kostengünstiger zu gestalten. Er soll auch die damit verbundenen finanziellen Aufwände ausweisen.

Grundsätzlich kann die Erstattung eines Berichtes zu einer bestimmten Angelegenheit mit einem Postulat verlangt werden; dies gemäss Art. 53 Abs. 2 Geschäftsreglement des Parlamentes.

Die Erstellung eines Berichts gehört zu den allgemeinen Zuständigkeiten des Gemeinderats.

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

Cornelia Rauch  
Stv. Gemeindeschreiberin